

Bundestagsfraktion an die Bundesregierung. Die Gesellschaft betreibe im Auftrage des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) die Endlager für Atommüll in Deutschland. Während die DBE zunächst in

Bundeseigentum gestanden habe, sei sie nunmehr ein privatrechtliches Unternehmen. Haupteigentümer des DBE sei die Gesellschaft für Nuklearservice mbH, die wiederum hauptsächlich den Energiever-

sorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreibern EON, RWE und Vattenfall Europe gehörten. Zwei Drittel des Haushaltes des BfS fließen laut einem Magazinbericht an die DBE. Die Zu-

sammenarbeit zwischen BfS und der DBE erfolge auf der Grundlage mehrerer Verträge, insbesondere auf einem mehrfach geänderten Kooperationsvertrag, so die Grünen. ●

DU-Munition

„Todesstaub“

Mit einem Sechs-Punkte-Antrag reagierte die Bündnisgrüne Bundestagsfraktion auf einen offenen Brief der Pritzwalker Initiative „Gesicht zeigen“. Deren Mitglieder hatten im Herbst 2008 zum zweiten Mal Adressaten in Berlin angeschrieben, um die Ächtung von DU-Munition zu erreichen. Die Munition ist mit abgereichertem Uran (depleted uranium, DU) versetzt, um eine höhere Durchschlagskraft der Geschosse zu erzielen. Der radioaktive Staub, der bei Treffern freigesetzt wird, kann zu gesundheitlichen Schäden auch bei der Zivilbevölkerung führen. Die Verfasser des Briefes um den ehemaligen Pfarrer Ulrich Preuß stützen sich auf Aussagen unter ande-

rem der Professoren Siegwart-Horst Günther und Albrecht Schott, für deren Arbeit sie Unterstützung fordern. Es sei bedauerlich, daß Forschung in diesem Bereich von Privatleuten finanziert werden muß, meint Preuß.

Die Fraktion der Bündnisgrünen verweist darauf, daß DU-Munition eigentlich bereits unter das Verbot von Kampfmitteln fällt, deren Wirkung nicht begrenzt werden kann und die militärische Ziele ebenso wie Zivilpersonen treffen können und fordert trotzdem neben internationalen Untersuchungen in ihrem Antrag unter anderem ein weltweites ausdrückliches Verbot von DU-Munition. Auch der Rückzug der deutschen Soldaten aus gefährdeten Gebieten hätte gefordert werden können, meint Preuß dazu.

Trotz mehrjähriger Proteste

hat die deutsche Bundesregierung Fortschritte zur Ächtung der Uranmunition bisher blockiert. Die Munitionsart, die außergewöhnliche Zerstörungskraft besitzt und daher von NATO-Mitgliedern in sämtlichen größeren Kriegen seit Beginn der 1990er Jahre eingesetzt worden ist, ruft ernste Kontaminationen in ihren Einsatzgebieten hervor. Nach Erkenntnissen westlicher Militärexperten sind davon Hunderttausende, womöglich Millionen Menschen an den Schauplätzen westlicher Kriegsinterventionen betroffen: im Irak, im früheren Jugoslawien und in Afghanistan.

Die Bundesregierung bestreitet bislang Verbindungen zwischen dem Einsatz von Uranmunition und Erkrankungen, zumal sich die Vorwürfe auch auf Kriege mit deutscher Beteiligung beziehen und über-

wiegend Bündnispartner der Bundesrepublik betreffen. Zudem waren deutsche Rüstungskonzerne und die Bundeswehr in die Entwicklung und Erprobung von Uranmunition involviert. Ein deutsches Gericht beschwerte sich darüber, von der Bundeswehr bei der Aufklärung von Vorwürfen, Uranmunition sei in Deutschland in erheblichem Umfang getestet worden, getäuscht worden zu sein. „Die Bundeswehr wird weiterhin die Aufklärung behindern und damit Menschenleben gefährden“, vermutet deshalb der Dokumentarfilmer Frieder Wagner, der sich seit Jahren mit dieser Thematik befaßt, im Gespräch mit German-Foreign-Policy.com. Mehr dazu im Internet unter <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57423> ●

Atomwirtschaft

Morddrohung gegen bulgarische AKW-Gegner

RWE unterschrieb Vertrag über einen Einstieg in das Atomkraftwerk Belene und fühlt sich nicht zuständig.

Die bulgarischen Atomkraftgegner Petko Kovatchev und Albena Simenova haben im Dezember 2008 Morddrohungen wegen ihres Engagements gegen das geplante Atomkraftwerk Belene erhalten. Beide wurden gewarnt, daß ihr Leben in Gefahr sei, wenn sie ihr Engagement gegen Belene fortsetzen.

Albena Simenova erhielt danach noch einen Anruf mit dem Hinweis, daß sie alle für den Tag geplanten Aktivitäten

abblasen solle, wenn sie abends noch leben wolle. Für die 44-jährige ist dies keine neue Erfahrung, die prominente Umweltschützerin wurde bereits 2005 wegen ihres Engagements gegen Belene bedroht. Die Biobäuerin engagiert sich seit Mitte der 1980er Jahre gegen das Belene-Projekt und war maßgeblich am Aufbau der bulgarischen Umweltbewegung nach Ende des Kommunismus beteiligt. Für ihr Engagement erhielt sie

1996 den renommierten Goldman Umwelt Preis. „2005 blieb es nicht nur bei Morddrohungen; es gab auch zwei Anschläge auf Albena“, erklärt Jan Haverkamp, Mittel- und Osteuropa-Experte von Greenpeace. „Auch diesmal sind wir sehr besorgt. Auffällig ist, daß die Drohungen jetzt kommen, wo Albena zahlreiche Gespräche mit lokalen Bürgermeistern führt, die beginnen, sich ebenfalls gegen Belene zu engagieren.“

Die Bürgermeister hatten sich Anfang Dezember 2008 mit der Bitte an RWE gewandt, nicht als strategischer Investor bei Belene einzusteigen, weil es zu viele Bedenken gegen das Projekt gibt. „RWE behauptet, daß Sicherheit oberste Priorität habe und dies auch für internationale Projekte

gelte“, erklärt Heffa Schücking, Geschäftsführerin der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald. „Nach unserer Bitte, beim bulgarischen Innenminister vorstellig zu werden, um sich für den Schutz der Atomkraftgegner einzusetzen, hat sich RWE jedoch nicht zurückgemeldet. Offenbar fühlt sich der Konzern hier nicht zuständig“, berichtet Schücking. „Es ist uns ein Rätsel, wie RWE bei einem Projekt wie Belene hohe Sicherheitsstandards garantieren will, wenn in Bulgarien Projektkritiker um ihr Leben fürchten müssen“, fügte sie hinzu.

Korruption und Bedrohung gehören in Bulgarien zum politischen Alltag und ist Praxis auch höchster Kreise. In 2007 etwa mußte Wirtschafts- und

Energieminister Rumen Ovcharov zurücktreten, weil ihm vorgeworfen wurde, aus geschäftlichen Interessen Ermittlungen im Korruptionsskandal um das hauptstädtische Fernwärme-Unternehmen Toplofikazia Sofia beeinflusst und den obersten Ermittlungschef persönlich bedroht zu haben. Und im April 2008 mußte Innenminister Rumen Petkov zurücktreten. Nach zwei Auftragsmorden an den Geschäftsführer des Energieunternehmens Atomenergoremont und den Schriftsteller Georgi Stoev wurde ihm vorgeworfen, Kontakte zu einem Brüderpaar zu besitzen, das der organisierten Kriminalität zugerechnet wird. Im November 2008 hat die EU Bulgarien Fördergelder wegen der grassierenden Korruption gestrichen.

Zum Hintergrund: RWE will 1,5 Milliarden Euro in den Bau des Atomkraftwerks Belene in Bulgarien investieren. Der Konzern bewirbt sich außerdem um eine Beteiligung an dem umstrittenen Atomkraftwerk Cernavoda 3 & 4 im Süden Rumäniens. Beide Projekte wurden zu Sowjetzeiten geplant und nach der Wende verworfen. Sie liegen in einer Region, in der regelmäßig starke Erdbeben stattfinden und gelten deshalb als zwei der risikoreichsten Atomprojekte, die derzeit in Europa geplant sind. 1983 warnten sogar sowjetische Wissenschaftler vor dem Bau eines Atomkraftwerks in Belene und auch der ehemalige Chef der bulgarischen Atomaufsicht, Dr. Georgui Kastchiev, kritisierte das Projekt.

Am 19. Dezember 2008, nur eine Woche nach den Morddrohungen gegen die bulgarischen Atomkraftgegner, hat das RWE-Management einen Vertrag zum Bau des Atomkraftwerks Belene in Bulgarien geschlossen, trotz Auseinandersetzung und Kritik im RWE-Aufsichtsrat. Dabei geht es zunächst um eine Projektentwicklungsgesellschaft, die

in den nächsten 18 Monaten die Voraussetzungen für die Realisierung von Belene schaffen soll. Erst dann wird der Eigenkapitalbetrag von RWE freigegeben. Umweltschützer glauben deshalb noch nicht an die Realisierung des Projektes. „RWE hat vollmundige Versprechungen gegenüber seinem Aufsichtsrat etwa zur Sicherheit von Belene gemacht, die nicht einzuhalten sein werden. Wir appellieren deshalb weiterhin an die Aufsichtsräte, diese gefährliche und gewissenlose Investition zu streichen“, sagt Heffa Schücking. Sie sieht weiteren Konfliktstoff nicht nur im Aufsichtsrat voraus: „Mit dieser Entscheidung brüskiert RWE Chef Großman nicht nur einen Teil der Aufsichtsräte, viele Anteilseigner und Kunden des Konzerns. Er bringt die atomkritische Öffentlichkeit gegen RWE auf und steuert den Konzern geradewegs in einen Reputations-GAU.“

Zu den Tücken des Projektes gehört neben seinem geplanten Standort in einem Erdbebengebiet das gefährliche politische Klima in Bulgarien. Die Morddrohungen gegen die bulgarischen Atomkraftgegner hätten „ein Warnsignal für das RWE-Management sein müssen, daß Atomprojekte auf dem Balkan nicht nach hiesigen Maßstäben zu realisieren sind“, erklärt Schücking. „Wenn RWE an diesem atomaren Auslandsabenteuer festhält, geht das zu Lasten der Sicherheit und Gesundheit von Millionen von Europäern.“

Laut Berichten der bulgarischen Presse erwirbt RWE für 1,275 Milliarden Euro einen Anteil von 49 Prozent an der neu gegründeten Belene Projektentwicklungsgesellschaft und zahlt außerdem eine Prämie von 500 Millionen Euro an den bulgarischen Energieversorger NEK. Umweltschützer kündigen für 2009 eine breite öffentliche Kampagne gegen den aggressiven

Atomkurs des deutschen Energieversorgers an. ●

Atompolitik

Staffelübergabe der Atomlobbyisten

Tschechien will während seines EU-Ratsvorsitzes eine „Enttabuisierung“ der Atomkraft erreichen

Der EU-Ratsvorsitz der Tschechischen Republik seit Anfang dieses Jahres wird wohl zum Werbefeldzug für die Atomindustrie verkommen, befürchtet die Bürgerorganisation Atomstopp-Oberösterreich. Führende tschechische Politiker hatten bereits im Vorfeld der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes angekündigt, Tschechien wolle sich während seines EU-Ratsvorsitzes um eine „Enttabuisierung“ der Atomkraft bemühen. „Nach dem atomfixierten Frankreich ein glatter Staffellauf der Atomlobbyisten“, meint Atomstopp-Oberösterreich in einer Erklärung zum Jahreswechsel. Die Tschechische Republik habe schon in der Vergangenheit bewiesen, daß sie keine Skrupel hat, sich über internationale, völkerrechtliche Verträge hinwegzusetzen, wenn es ihren Interessen besser zukommt und der Nutzung der Atomkraft hilft.

Das Melker Abkommen aus dem Jahr 2001 über die sicherheitstechnische Nachrüstung des Atomkraftwerks Temelin, das nach monatelangen Bürgerprotesten an den österreichisch-tschechischen Grenzübergängen und bilateralen Auseinandersetzungen letztlich unter Vermittlung der EU-Kommission zustande gekommen war, wurde durch Tschechien mit der Erteilung der Betriebsgenehmigung für das AKW Temelin im November 2006 gebrochen, rügt Atomstopp-Oberösterreich. Auch heute, zum Jahresbeginn

2009, bestünden immer noch genau jene gravierenden Sicherheitsmängel, die zu Verzögerungen beim Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union geführt haben, hätte nicht die EU-Kommission vermittelnd eingegriffen und hätte sich Tschechien nicht zur umfassenden Klärung aller offenen Sicherheitsfragen verpflichtet. „Wohl wissend, daß die 2001 im Melker Abkommen eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Nachrüstung des AKW Temelin nicht eingehalten werden konnten, wird von Tschechien jetzt die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Abkommens einfach abgestritten“, empört sich Atomstopp-Oberösterreich. Die tschechische Regierung habe auch keine Bedenken, jetzt ein Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz für den Ausbau des AKW Temelin anzuwenden, das nicht den Vorgaben der Europäischen Union entspricht. Auch dieses Vorgehen sei ganz im Dienste der Atomenergie. Die Abhängigkeit einiger weniger Länder von der Atomkraft sollte die tschechischen Politiker nicht in die Irre führen. Denn lediglich weniger als 3 Prozent des gesamten Primärenergiebedarfs weltweit werden mit Hilfe der Atomenergie gedeckt. ●

Atomtüll-Endlagerung

Internetforum des BMU zur Endlagerung

Im Nachgang zum Endlagerungssymposium vom 30.10. bis 1.11.2008 in Berlin (Strahlentelex hatte berichtet) steht interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums (BMU; www.bmu.de) jetzt ein Forum zur Verfügung, in dem sie ihre Meinung zu den Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung hoch-